

Unterrichtung

durch das Europäische Parlament

Entschließung zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit

DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT —

in dem Bewußtsein, daß die Europäische Gemeinschaft eine Rolle des Friedens und des Ausgleichs in der Welt spielen muß,

in Kenntnis der Möglichkeiten, die die Europäische Politische Zusammenarbeit (EPZ) für die Formulierung einer koordinierten europäischen Außenpolitik eröffnet,

in der Erwägung, daß die EPZ nur ein Teil der Gemeinschaftspolitik ist und nicht an die Stelle der wirtschaftlichen und sozialen Fortentwicklung der Gemeinschaft treten kann,

unter Hinweis auf die Forderungen, die es am 9. Juli 1981 in der Entschließung zur Europäischen Politischen Zusammenarbeit und zur Rolle des EP mit großer Mehrheit beschlossen hat,

1. begrut die Vorschläge zum Ausbau und zur Vertiefung der EPZ, wie sie die Außenminister der zehn Mitgliedstaaten am 13. Oktober 1981 angenommen haben;
2. bekräftigt seinen Anspruch, an der Formulierung und demokratischen Kontrolle einer koordinierten Außenpolitik einschließlich der politischen Aspekte der Sicherheit in angemessener Weise beteiligt zu werden;
3. stellt fest, daß der Ausbau und die Vertiefung der EPZ an das Ziel gebunden sein müssen, der Europäischen Gemeinschaft in der Welt eine eigene Identität zu verschaffen;
4. fordert, daß die EPZ insbesondere dazu dient, einen europäischen Beitrag zur selbstbestimmten Entwicklung der Dritten Welt, zur Beseitigung des Hungers und zur Beachtung und Wahrung der Menschen- und Bürgerrechte zu leisten und fordert die im Rahmen der EPZ zusammentretenden Außenminister der Mitgliedstaaten auf, sich für die Eröffnung von Globalverhandlungen zwischen Nord und Süd im Rahmen der Vereinten Nationen einzusetzen;

5. fordert, daß eines der wichtigsten Ziele der EPZ die Förderung der Entspannung in der Welt und der Verhandlungen über eine sowohl konventionelle wie atomare Abrüstung sein muß; wünscht, daß der von den zehn Mitgliedstaaten auf der KSZE in Madrid eingeschlagene Weg insbesondere mit dem Ziel fortgesetzt wird, eine europäische Abrüstungskonferenz einzuberufen;
6. beauftragt seine Präsidentin, diese Entschliebung den im Rahmen der politischen Zusammenarbeit zusammentretenden Außenministern der Mitgliedstaaten, dem Europäischen Rat, dem Rat und der Kommission sowie den Parlamenten und Regierungen der Mitgliedstaaten zu übermitteln.